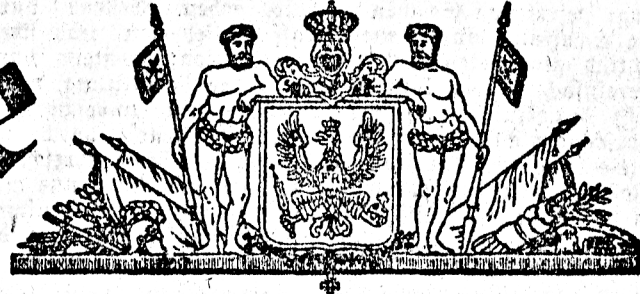


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn-, Festtags u. Montags nur einmal. Jeden Sonntag die illustr. Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: In Gross-Berlin u. Umgegend monatl. 15 Mark, durch eigene Boten tägl. frei ins Haus; durch die Post 14 Mark (ohne Bestellg.).

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11800, 11801, 11802 bis 11852, sowie 15277, 15281, 15282 bis 15296

Die Regierung des Wiederaufbaus.

Vor dem Ende der Krise?

Die demokratische Fraktion hat durch den Abgeordneten Dr. Petersen eine Erklärung zur Regierungsabildung abgegeben lassen, der ohne Zweifel die weitesten Kreise zustimmen werden.

Das Kabinett, dessen Bildung nunmehr wahrscheinlich geworden ist, stellt die sachlichen und programmatischen Gesichtspunkte in den Vordergrund.

Die Mitarbeit der Demokraten.

Senator Dr. Petersen hat gestern folgende formulierte Erklärung der Partei Herrn Erimborn überreicht: „Nachdem die Frage der Bildung einer neuen Regierung heute zum ersten Male an mich als Vorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei herantritt, gestatte ich mir, das Folgende auszuführen:

Nach Artikel 53 der deutschen Reichsverfassung ernannt der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister.

Nur auf dem streng verfassungsmäßigen Wege kann die Bildung einer Regierung gelingen. Der Reichspräsident bezeichnet einen Reichskanzler, der ein Programm für seine Regierung zu entwerfen und auf dieser Grundlage seine Mitarbeiter zu gewinnen hat.

Unsere Partei erklärt sich, unbeirrt durch die Geschäftigkeit des gegen uns geführten Kampfes, ohne parteipolitische Voreingenommenheit bereit, sachlich und positiv an einem Kabinett mitzuarbeiten.

Als unerlässliche Bestandteile dieses Programms bezeichne ich von vornherein folgende Punkte: Verhinderung und unbedingte Unterbrechung der Weimarer Verfassung, Ablehnung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation, Bekämpfung jeden Versuches der Ausrichtung einer Klassenherrschaft oder Einschränkung von Vorrechten an eine Klasse, eine Politik der Verantwortung und des Ausgleiches auf politi-

chem, sozialem und kulturellem Gebiete; Ablehnung jeden Klassen- und Rassenhasses, auch des Antisemitismus, Befestigung der Weimarer ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat sich auf den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung erschaffenlos zu unterstützen, die aber gleichzeitig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt auszufüllen geeignet sind.

Diese obersten Grundsätze habe ich schon jetzt hervorgehoben, weil sie mir die unerlässliche Voraussetzung jeder vom Vertrauen des Volkes getragenen Regierungstätigkeit zu sein scheinen.

Vorschläge im einzelnen zu machen über Führung unserer auswärtigen Politik, über die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens, über die Förderung unseres kulturellen und sozialen Lebens, über unsere Wehrmacht, steht mir nicht zu, sondern ist Sache des Programms, das der Reichskanzler mit seinen Mitarbeitern zu entwerfen hat.

Ueber die gestrige Sitzung der Deutschen Volkspartei erfordern wir: Die Partei hat nach längerer Debatte beschlossen, sich an einer Regierung der Mitte, der das Zentrum und die Demokraten angehören sollen, zu beteiligen.

Auch in der Zentrumsfraktion war die Stimmung durchweg einheitlich für einen Block der Mitte und für ein größtenteils aus Fachministern bestehendes Kabinett.

Die Deutschnationale Volkspartei äußert in einer öffentlichen Erklärung ihre Unzufriedenheit darüber, daß bis zur Stunde niemand mit dem Ersuchen um Teilnahme an den Verhandlungen für die Regierungsbildung an sie herangetreten sei.

Das Kabinett Giolitti.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

th Mailand, 15. Juni.

Das Ministerium ist wie folgt zusammengesetzt: Ministerpräsident und Inneres: Giolitti; Aeußeres: Graf Sforza; Kolonien: Luigi Rossi; Schatz: Meda; Finanzen: Ledesca; Landwirtschaft: Micheli; Industrie: Alessio; Justiz: Fara; öffentliche Arbeiten: Peano; Krieg: Bonomi; Marine: Cecchi; Unterricht: Benedetto Croce, der berühmte Goethe-Forscher; befreite Gebiete: Kaiserli; Arbeitsministerium: Labriola; Post und Telegraph: Basallo.

Verwaltungsreform.

Tom

Senatspräsidenten Dr. Max Pachtler.

Der Berichterstatter der deutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung, Abgeordneter Albedotto, hat in der 174. Sitzung der Nationalversammlung vom 28. April 1920 bei Erstattung seines Berichts über den Entwurf eines Beamtenbesoldungsgesetzes u. a. folgendes ausgeführt:

1. Bei der Post befinden sich etwas mehr als 40 000 zuziel Aushelfer; bei der Eisenbahn sollen es sogar weit über 100 000 sein. Da ist zu prüfen, inwieweit diese nicht vollbeschäftigten Personen in personalschwache Betriebe versetzt werden können.

2. „Der hamburgische Staat beschäftigte am 1. September 1919: 16 557 Beamte, 13 724 Angestellte höherer Ordnung und 28 668 sonstige Angestellte und Arbeiter.“

3. „Bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin wird die Zahl von 100 höheren (juristischen) und von 3000 mittleren Beamten demnächst erreicht sein.“

Diese drei Beispiele, und zwar je eines aus dem Reich, aus einem der Länder und aus einer Behörde können zwar nicht beliebig, aber doch noch erheblich vermehrt werden, zumal wenn man die Städtestatistik berücksichtigen wollte.

1. Bei der Post und bei der Eisenbahn sind hiernach überschläglich rund 150 000 Angestellte beschäftigt, deren Arbeit dort, wo sie erfolgt, entbehrt werden kann.

2. „Der jährliche Gesamtaufwand für die im hamburgischen Staate am 1. September 1919 beschäftigten rund 59 000 (genau 58 947) Beamte, Angestellte und Arbeiter bezifferte sich zu dem genannten Zeitpunkt auf 343 573 074 Mark, wovon 129 560 941 Mark auf Gehälter und Löhne und 214 012 133 Mt. auf Steuerzuschlägen entfielen.“

3. „Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte arbeitete schon 1917 2 1/2 mal so teuer als die Behörden der Invalidenversicherung.“